



Wege aus der Kinderarmut: Eine finanzielle Grundsicherung für alle Kinder

1. Einleitung

Die SPD Friedenau diskutiert immer wieder Fragen sozialer Gerechtigkeit, fragt nach der Aufgabe und den Funktionen des Sozialstaates und setzt sich kritisch mit den Grenzen und Möglichkeiten staatlicher Steuerung von sozialem Ausgleich auseinander.

Als zentrale These wurde erarbeitet:

Der Sozialstaat wird nicht durch Krisen bedroht, sondern dann, wenn der Konsens in der Gesellschaft, solidarisch miteinander umzugehen, aufgelöst wird.

Aus unseren Diskussionen ist eine eigenständige Position zur Frage der Kindergrundsicherung entstanden. Im Zusammenhang mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den Regelsätzen der sozialen Grundsicherung hat die SPD Friedenau einen Standpunkt zur Frage der Kinderregelsätze erarbeitet, der sich an den Thesen des **Bündnisses für Kindergrundsicherung** orientiert.

Wir wollen der großen Unzufriedenheit mit den Regelungen des SGB II mit einer Alternative begegnen, die die Sicherung von Chancengleichheit und sozialer Teilhabe für Kinder von der Einkommenssituation der Eltern abkoppelt.

Nicht mehr: Kinder sind arm, weil ihre Eltern arm sind, sondern: allen Kindern sollen die Chancen offen stehen, ihre Talente zu entdecken und zu entfalten – unabhängig von der Einkommenssituation der Eltern.

Dabei will die SPD Friedenau Eltern durch einen ausreichenden Kindergrundsicherungsbetrag in die Lage versetzen, ihren Kindern bessere Chancen zu eröffnen. Eltern wissen besser als staatliche Stellen, was ihre Kinder brauchen.

2. Kinderarmut heute

In Deutschland ist jedes 6. Kind von Armut betroffen, in Berlin sogar jedes 3. Kind.

Waren im Jahr 2000 bereits 16% der Kinder unter 15 Jahren vom Armutrisiko betroffen, so waren es 2006 sogar schon 26%!¹

Überproportional von Armut betroffen sind Kinder Alleinerziehender, Kinder in Paarhaushalten mit mehr als zwei Kindern und Kinder mit Migrationsgeschichte.

Mehr als 2,4 Millionen Kinder leben in Deutschland offiziell in Armut. Das hat fast immer zur Folge, dass sie schlechter ernährt und mangelhaft gefördert und gefordert werden. Die Chancengleichheit ist nicht mehr gewährleistet und fehlende Teilhabe an Schule und

¹ Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP)

Freizeitaktivitäten führen zu Ausgrenzung und Stigmatisierung. Die Folge ist allzu oft eine ungenügende Ausbildung. Es drohen Lohnarmut und Sozialtransferleistungen auch in der 2. Generation. Armut wird somit quasi vererbt.

3. Gründe für Kinderarmut

Die EU hat das Jahr 2010 zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung erklärt. In der EU gelten Menschen als armutsgefährdet, die über weniger als 60% des mittleren Einkommens verfügen.

In Deutschland lag diese Armutsschwelle 2007 bei 913 € im Monat. Dabei werden alle Einkünfte berücksichtigt: Löhne, Kapitalerträge und Sozialleistungen des Staats. Demnach waren im Jahr 2008 14% der Bevölkerung (oder 11,5 Millionen Menschen) von Armut bedroht. Dieses Armutsrisiko ist in Deutschland seit der Jahrtausendwende um ein Drittel angestiegen, in Ostdeutschland gar um die Hälfte.

Kinder sind arm, weil ihre Eltern arm sind. Die heutige Familienförderung ist sozial ungerecht, bürokratisch und intransparent.

So werden die Gutverdiener über den Kinderfreibetrag bevorzugt, wohingegen ALG II Empfängern das Kindergeld angerechnet wird. So erhalten die ärmsten Kinder faktisch kein Kindergeld. Auch die Zahlung eines Betreuungsgeldes hält vor allem sozial benachteiligte Kinder von Betreuungs- und Bildungseinrichtungen fern.

Die Arbeitsgesellschaft hat sich entsolidarisiert:

Die Beamten und Angestellten im Öffentlichen Dienst sind sich ihres Status quo sicher und bestens vertreten im politischen Raum, wohingegen das „Normalarbeitsverhältnis“ der Festangestellten in meist leitender Funktion zunehmend schwindet.

Dem steht zunehmend die Gruppe der von Abstiegsangst Betroffenen in „flexibilisierten“ meist prekären Beschäftigungsverhältnissen gegenüber. Hierzu zählen z.B. Kurzarbeiter, Minijobber, Teilzeitkräfte, Leiharbeiter, ausgelagert oder befristet Beschäftigte, Existenzgründer, Soloselbständige...

Bereits außerhalb dieser Arbeitsgesellschaft stehen die „Chancenlosen“. Zu ihnen zählen: Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende ohne Kinderbetreuungsmöglichkeit und mehrfach Benachteiligte (chronisch Kranke, Menschen ohne Schulabschluss oder mit mangelhaften Deutschkenntnissen).

Lohnarmut führt zu Kinderarmut und resultiert in Altersarmut. Deshalb brauchen wir gerechte und armutsfeste Löhne und verbindliche Lohnuntergrenzen.

4. Chancengleichheit durch EINE Grundsicherung für ALLE Kinder

Das Bündnis für Kindergrundsicherung tritt dafür ein, dass kein Kind aufgrund seiner Herkunft ausgegrenzt wird und schlechtere Bildungschancen erhält; denn Bildung ist der Schlüssel zur Teilhabe an der Gesellschaft.

Dem Bündnis Kindergrundsicherung haben sich angeschlossen:

- Die Arbeiterwohlfahrt (AWO)
- Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros
- Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie und Familientherapie (DGST)

- Der Deutsche Kinderschutzbund
- Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
- Pro Familia
- Der Verband berufstätiger Mütter (vbm)
- Das Zukunftsforum Familie (ZFF)

Das Bündnis fordert eine mutige politische Gesamtlösung: eine Kindergrundsicherung von monatlich 502 Euro.

Die Kindergrundsicherung ist eine einfache, transparente und gerechte Förderung aus einer Hand. Sie wird an alle Kinder gezahlt, unabhängig von Elterneinkommen, der Kinderzahl und dem Alter der Kinder bis 18 Jahren. Junge Menschen, die sich noch in der Ausbildung befinden, erhalten sie direkt und elternunabhängig bis zum Abschluss der Ausbildung, maximal jedoch bis zum 26. Lebensjahr.

Die Kindergrundsicherung unterliegt der Einkommensteuer, d.h. sie schmilzt mit steigendem Einkommen langsam ab, während Familien ohne oder mit geringem Einkommen die gesamte Leistung erhalten. Gleichzeitig werden mittel bis gut verdienende Familien, die bisher nicht in den Genuss der Kinderfreibeträge kamen, im Vergleich zum Status Quo ebenfalls besser gestellt.

Die Kindergrundsicherung von 502 € umfasst das soziokulturelle Existenzminimum (sächliches Existenzminimum)	322 €
plus (Freibetrag für Betreuung, Erziehung und Ausbildung) ²	180 €
<u>insgesamt</u>	<u>502 €</u>

Sie ist an die Inflationsrate anzupassen.

Geld statt Sachleistungen ermutigt die Eigenverantwortung.

Studien belegen: 93% der Eltern sparen bei sich, nicht bei ihren Kindern. Kinderarmut ist Elternarmut und führt zu erschöpften Familien. Überforderte Eltern brauchen Beratung und keine Gutscheine.

Die Forderung nach Einführung einer Kindergrundsicherung stellt ein Systemwechsel dar, der endlich ernst macht, die über 2,4 Millionen armen Kinder in diesem Land aus der Armut zu holen und die Forderung nach kostenloser Bildung, Betreuung und Erziehung **nachhaltig** zu unterlegen. Die ökonomisch eigenständige Sicherung von Kindern entspricht dem Recht von Kindern auf materielle Teilhabe an der Gesellschaft.

Finanzierung

Die Kindergrundsicherung von 502 € monatlich pro Kind addiert sich auf insgesamt 111 Milliarden Euro.

Ersetzt werden aber heutige Sozialgeldzahlungen wie Kindergeld, Kinderzuschlag, Sozialgeld, Unterhaltsvorschuss, der Förderanteil des BaföG (der Darlehensanteil bleibt unberührt) und ähnliches in Höhe von 43,9 Milliarden Euro.

Die Mehrkosten reduzieren sich um die Besteuerungseinnahmen der Kindergrundsicherung (30,5 Mrd.) und die Rücknahme sozial ungerechter Familienleistungen etwa beim Ehegattensplitting (7 Mrd.), mit dem der Staat nur traditionelle Ehen fördert – unabhängig ob dort Kinder großgezogen werden oder nicht.

² 7. Existenzminimumbericht des Bundesfinanzministeriums

Ein verbleibender Mehrbedarf von etwa 30 Milliarden Euro ist der Preis für die Beendigung der Kinderarmut. Dafür hat die Politik genügend Möglichkeiten. Die Wiedereinführung einer moderaten Vermögenssteuer, die Anhebung der Erbschaftssteuer sowie die Einführung einer Börsenumsatzsteuer oder eines Kinder-Soli auf große Vermögen wären denkbar.

Die Abkehr vom System vieler intransparenter Einzelmaßnahmen hin zu einer transparenten Kindergrundsicherung wäre auch mit einem Abbau der derzeit sehr hohen Bürokratiekosten verbunden.

5. Ergänzende Maßnahmen

Eltern mehr Geld zur Verfügung zu stellen ist eine zwar höchst umstrittene aber aus unserer Sicht notwendige und faire Maßnahme, um den Kindern auch die wichtige Zuwendung an Sachmitteln zu geben – so z. B. ausreichende Kleidung, nötige medizinische Anwendungen, die von den Krankenkassen nicht bezahlt werden oder der Zugang zu modernen Medien.

Eine weitere unverzichtbare Maßnahme ist die Schaffung einer qualitativ hochwertigen und für alle Kinder kostenfreien Bildungsinfrastruktur.

Denn nur mit guter Bildung haben Kinder aus ärmeren Schichten eine Chance, sich aus der Armutsspirale herauszubewegen. Dazu gehören neben dem qualitativen und quantitativen Ausbau der Kinderbetreuung in den Kindergärten und -tagesstätten auch flächendeckende Ganztagschulen, in denen die Kinder gemeinsam an einem (kostenlosen) Mittagessen teilnehmen können und sich nachmittags sinnvollen Lerntrainings und Freizeitbeschäftigungen zuwenden können. Somit wird die Ganztagschule auch zu einem wichtigen Impulsgeber für Kinder und Jugendliche, die von ihren Eltern nicht die Möglichkeit erhalten, fördernde Angebote wahrzunehmen.

Auch bei Kindergärten und -tagesstätten wird seit Jahrzehnten an der Ausbildung und der Vergütung von Erzieherinnen und Erziehern gespart. Hinzu kommen in den Kitagruppen zu viele Kinder auf zu wenige Erzieher, so dass oft die erforderliche individuelle Förderung nicht geleistet werden kann.

Kinderarmut und Chancenungleichheit müssen nicht sein. Die Kindergrundsicherung verbunden mit ergänzenden Maßnahmen ist ein Weg zu einer solidarischen Gemeinschaft ohne Kinderarmut.

Bitte unterstützen Sie unsere Forderung nach einer Kindergrundsicherung!